

Brüssel oder Bern : schlägt das Herz der "Romands" eher für Europa? : ein Vergleich der Einstellungen von Deutsch- und WestschweizerInnen zur Europa-Frage

Autor(en): **Widmer, Thomas / Buri, Christof**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP**

Band (Jahr): **32 (1992)**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-172924>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Thomas Widmer, Christof Buri

Brüssel oder Bern: Schlägt das Herz der «Romands» eher für Europa?

Ein Vergleich der Einstellungen von Deutsch- und WestschweizerInnen zur Europa-Frage

Im Vorfeld der Abstimmung über den EWR-Vertrag haben Meinungsumfragen zum Thema «Europa» Hochkonjunktur. Die Resultate einer «aktuellen» Befragung werden oft schon am nächsten Tag durch neue Ergebnisse korrigiert. Der Wandel der öffentlichen Meinung vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen und in wachsendem Tempo. Die zum Teil gegenläufigen Tendenzen fügen sich nur zu einem diffusen Bild. Ein konstantes Ergebnis der verschiedenen Befragungen, das sich auch ohne weiteres vor Ort nachprüfen lässt, ist der deutliche Unterschied zwischen Deutsch- und Westschweiz in bezug auf die Einstellungen zu einem Beitritt der Schweiz zu den Europäischen Gemeinschaften: Die Haltung der Romands ist wesentlich europafreundlicher. Erklärungen für diesen Sachverhalt greifen meist auf wenig erhärtete – aber plausible – Annahmen zurück: Die Romands seien eben weltoffener und hätten sich als Minderheit im eigenen Land schon immer eher am grossen gleichsprachigen Nachbarland orientiert als die DeutschschweizerInnen usw. Der vorliegende Artikel unternimmt den Versuch, theoretisch begründete und – sofern möglich – empirisch abgestützte Erklärungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Einstellungen in den beiden wichtigsten Sprachregionen aufzuzeigen.

Les sondages d'opinion sur le thème «Europe» sont hautement d'actualité dans l'optique de la votation sur le Traité EEE. Les résultats d'une enquête sont souvent corrigés par de nouveaux résultats dès le lendemain de leur parution. Le changement de l'opinion publique s'accomplit à différents niveaux et à un rythme croissant, et les tendances partiellement opposées produisent une image diffuse. Un résultat est constant dans les différentes enquêtes: la claire différence d'attitudes entre Suisses alémaniques et Suisses romands au sujet d'une adhésion de la Suisse à la Communauté européenne. L'attitude des Romands est pour l'essentiel favorable à l'Europe. Les explications de cette attitude renvoient à des hypothèses peu corroborées, mais plausibles: par exemple, les Romands seraient plus ouverts au monde et, en tant que minorité dans leur propre pays, seraient davantage orientés que les Alémaniques vers le grand pays voisin parlant la même langue. Le présent article tente de présenter des possibilités d'explications, théoriquement fondés et – dans la mesure du possible – empiriquement soutenues – aux engagements différenciés dans les plus importantes régions linguistiques.

I. Einleitung

In Meinungsumfragen wird ein Beitritt der Schweiz zu den Europäischen Gemeinschaften seit einiger Zeit von einer Mehrheit der WestschweizerInnen befürwortet. Die Skepsis der DeutschschweizerInnen gegenüber den europäischen Integrationsbemühungen ist wesentlich grösser.

Im vorliegenden Artikel werden mögliche Erklärungen für diesen Sachverhalt überprüft. Mit Sicherheit lassen sich die unterschiedlichen Haltungen zum EG-Beitritt nicht auf einige wenige Determinanten zurückführen. In die Überlegungen sind die wesentlichen Elemente der politischen Kulturen in den beiden Landesteilen einzubeziehen: die sozio-demographische Struktur der Sprachregionen, die vielzitierte Skepsis der französischsprachigen Minderheit gegenüber Bern, eine grössere Affinität der Romands zum gleichsprachigen Nachbarn, die grössere Präsenz internationaler Organisationen in der Westschweiz, oder die wirtschaftliche Dominanz der Deutschschweiz im Dreieck Basel–Zürich–Genf.

Die Europa-Frage hat den latenten Konflikt zwischen den beiden Sprachgruppen akzentuiert. Die WestschweizerInnen können die widerborstige Abwehrhaltung der DeutschschweizerInnen nur schwer nachvollziehen, umgekehrt sind die französischsprachigen Bundesräte gerade auch wegen ihrer betont europafreundlichen Haltung von Deutschschweizer PolitikerInnen ins Visier genommen worden. Der Bundesrat konzentriert seine Politik zum heutigen Zeitpunkt auf den EWR-Vertrag, den er jedoch lediglich als Vorstufe zu einem EG-Beitritt betrachtet. Diese Strategie trifft bei Bevölkerung und PolitikerInnen in der Deutsch- und Westschweiz auf unterschiedliche Zustimmung.

Das Ringen um den Schweizer Europa-Kurs wird zunehmend zu einer Nagelprobe für das sensible Verhältnis zwischen den Landesteilen. Wird die Schweiz am Tage nach der Volksabstimmung über den EWR-Vertrag als gespaltene Nation erwachen? Ein offener Konflikt zwischen den Sprachgruppen dürfte gravierende Folgen für den Zusammenhalt des schweizerischen Bundesstaats haben. Ob die Schweiz nun Mitglied der Europäischen Gemeinschaften wird oder nicht: Die «Willensnation Schweiz» und ihr politisches System befinden sich auf dem Prüfstand.

II. Integration und Desintegration moderner pluralistischer Staaten

Die Unterschiede zwischen deutscher und französischer Schweiz sind im Alltag und in der wissenschaftlichen Literatur immer wieder thematisiert worden. Während die internationale sozialwissenschaftliche Debatte um sprachgruppenspezifisches politisches Verhalten in demokratischen Systemen seit dem Erscheinen der Studien zur «consociational democracy»¹ deutlich erlahmt ist, hat die Diskussion um den sogenannten «Röschtigraben» in schweizerischen Politikdebatten kaum an Aktualität

¹ Siehe dazu etwa die Texte in McRae 1974, Dunn 1972 und Obler/Steiner/Dierickx 1977.

verloren. Im Gegenteil scheint dieser Graben zwischen deutsch- und französisch-sprechender Bevölkerung sich eher noch auszudehnen als zusammenzuschmelzen. Die oft unreflektiert geäußerten Vorstellungen (oder Vorurteile) über die BewohnerInnen des jeweils anderen Landesteiles sind in der Form von Alltagstheorien in der politischen Diskussion fest verankert. Die Welschen (etym. «die Fremdländischen») haben in den Augen der DeutschschweizerInnen ebenso eine festgefügte Rolle zu spielen wie umgekehrt. Die WestschweizerInnen seien spontan, emotional, herzlich, leger, unzuverlässig, faul und für einige Parlamentarier aus dem deutschen Sprachraum gar potentielle Säufer. Auf etwas höherem Niveau wird der Idealtypus als föderalistisch orientiert, auf Selbständigkeit und Gleichbehandlung bedacht und zum visionären Denken fähig, gesehen. Aus umgekehrter Sicht präsentiert sich das Abbild der DeutschschweizerInnen als traditionsverbunden, pflichtbewusst, geistig etwas träge, eher ökonomisch orientiert und verschlossen gegenüber Neuem.

Die integrationstheoretischen Ansätze haben die desintegrativen Folgen wirtschaftlicher und politischer Zentralisierungsprozesse – wie sie sich im heutigen Europa manifestieren – noch kaum diskutiert. Den Vorgängen mit klar integrativer Ausrichtung, insbesondere der von den Europäischen Gemeinschaften (EG) ausgehenden Anziehungskraft auf Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und auf die «gewendeten» Systeme in Mittel- und Osteuropa, wie auch der deutschen Einigung, sind im heutigen Europa parallel dazu stark desintegrative Prozesse entgegenzustellen.² Nicht nur die prominenten Beispiele des Zerfalls des sowjetischen Imperiums und des Auseinanderbrechens Jugoslawiens sind hier zu erwähnen, sondern – in zwar weit weniger brisanter Form – diverse andere, vor allem ethnisch oder sprachlich-kulturell motivierte Konflikte. Viele politische Systeme scheinen immer weniger in der Lage zu sein, die Identifikation ihrer Völker (oder hier passender: Bevölkerungen) an sich zu binden. Vielmehr gewinnen neue Identifikationsobjekte – vor allem in Systemen mit gemischter ethnisch-sprachlicher Zusammensetzung – an Bedeutung. Beispiele dazu braucht man nicht lange zu suchen. Nach dem Ausgang der letzten Wahlen befindet sich der belgische Staat in einer schwierigen Situation.³ Die Tschechoslowakei bekundet nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes grosse Mühe, die staatliche Einheit zu wahren. Der Status der kanadischen Provinzen ist heftig umstritten. Der libanesischen Staat, früher als Paradebeispiel zur völkerübergreifenden Integration herumgeboten, hat seine Vorbildhaftigkeit schon seit längerer Zeit verloren. Sprachlich, ethnisch oder religiös segmentierte Staaten scheinen sich in einer Krise zu befinden.

Gilt dies für den «Sonderfall Schweiz» ebenso? Der schweizerische Staat hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg als sehr stabiles System erwiesen. Aufgrund der mannigfaltigen machtpolitischen Verschränkungen in föderaler und konsensualer Form war er durchaus fähig, in Zeiten wachsender Prosperität und ungebrochenen Glaubens an eine rosige Zukunft die Staatsbürger hinter sich zu scharen. Hermann Lübbe schildert die Situation folgendermassen: «Die Schweiz befindet sich gegenwärtig in einer Identitätskrise aus Gründen fälliger Neubewertung des Zukunftssinns der historischen Erfahrungen» (1990: 32).

2 Vgl. zur parallelen Integration und Desintegration Leimbacher 1991: 3.

3 Zu Belgien vgl. auch McRae 1986.

Seit den siebziger Jahren haben sich nun aber die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen massgeblich verändert. Das sich verlangsamende Wachstum des erwirtschafteten Volkseinkommens hat die Handlungsspielräume zur Vergabe von finanziellen Mitteln an die Wirtschaftssubjekte immer stärker reduziert. Die Zukunftsgläubigkeit ist einer diffusen Zukunftsangst gewichen. Die zuvor breitverankerte Selbstsicherheit wurde insbesondere bei weniger privilegierten Personen durch eine Furcht vor jeglichem Wandel verdrängt.⁴ Die – je nach Position als Herausforderung oder Bedrohung bezeichnete – Konfrontation mit dem europäischen Giganten EG reiht sich dabei in eine Reihe von Prozessen ein, welche zur allgemeinen politischen Verunsicherung beitragen. Drohende Überfremdung und Arbeitslosigkeit, die Gefahren der technologischen Entwicklung, die neue Armut und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen oder die weltweite Überbevölkerung sollen hier nur stichwortartig Erwähnung finden. Die zeitliche Koinzidenz dieser Prozesse – inwiefern dabei kausale Zusammenhänge vorliegen, wollen wir hier offen lassen – ist augenfällig. Der im Jahr 1991 gefeierte Bund der Eidgenossen zieht vermehrt Kritik auf sich. Ob Exekutive, Legislative oder Judikative, ob Bund, Kantone oder Gemeinden, überall wird immer wieder der Mangel an Orientierungen reklamiert. Die «Willensnation Schweiz» ist durch innen- wie aussenpolitische Impulse ins Wanken geraten. Die hochgepriesenen konsensualen und direkt-demokratischen Formen der Konfliktlösung haben offensichtlich an Attraktivität eingebüsst. Die Zeichen der Zeit scheinen verstärkt effiziente, rationelle und klare Entscheide zu erfordern. Damit sind verschiedene Charakteristiken (oder Eigenarten) des politischen Systems der Schweiz, wie die direkte Demokratie, die dauernde (und bewaffnete) Neutralität, der föderalistische Staatsaufbau oder die Konsensdemokratie in Frage gestellt. Hat die «Willensnation Schweiz» damit ihre Daseinsberechtigung (und mitunter ihre Legitimität) verloren?

Wie reagieren nun die Schweizer BürgerInnen auf diese Ansprüche? In pauschaler Form lässt sich diese Frage sicher nicht beantworten. Vom strikten – und oft auch unreflektiert sturem – Beharren auf Bestandenem und Bewährtem bis hin zu einer reflexartigen Flucht nach vorne sind vielerlei Verhaltensmuster zu beobachten. Wie wir im folgenden noch zeigen werden,⁵ hat bei der Formung der individuellen Orientierungen die Zugehörigkeit zu einer der Sprachgruppen einen massgeblichen Einfluss. Die französischsprachigen SchweizerInnen scheinen – aus einer weit kritischeren, aber unverkrampfteren Haltung dem schweizerischen Bundesstaat gegenüber – deutlich flexiblere Reaktionsformen zu zeigen. Die Deutschschweizer dagegen tendieren eher zu einer konservativen Defensivstrategie, welche sich an den traditionellen, «typisch schweizerischen» Werten orientiert.⁶ Wir versuchen im folgenden, Faktoren, welche zur Erklärung dieser Unterschiede dienen könnten, aufzuzeigen und wo möglich auch mit empirischem Material abzustützen. Aus pragmati-

4 Siehe dazu die These der «Risikogesellschaft» bei Ulrich Beck 1991.

5 Vgl. dazu das nachfolgende Kapitel III.

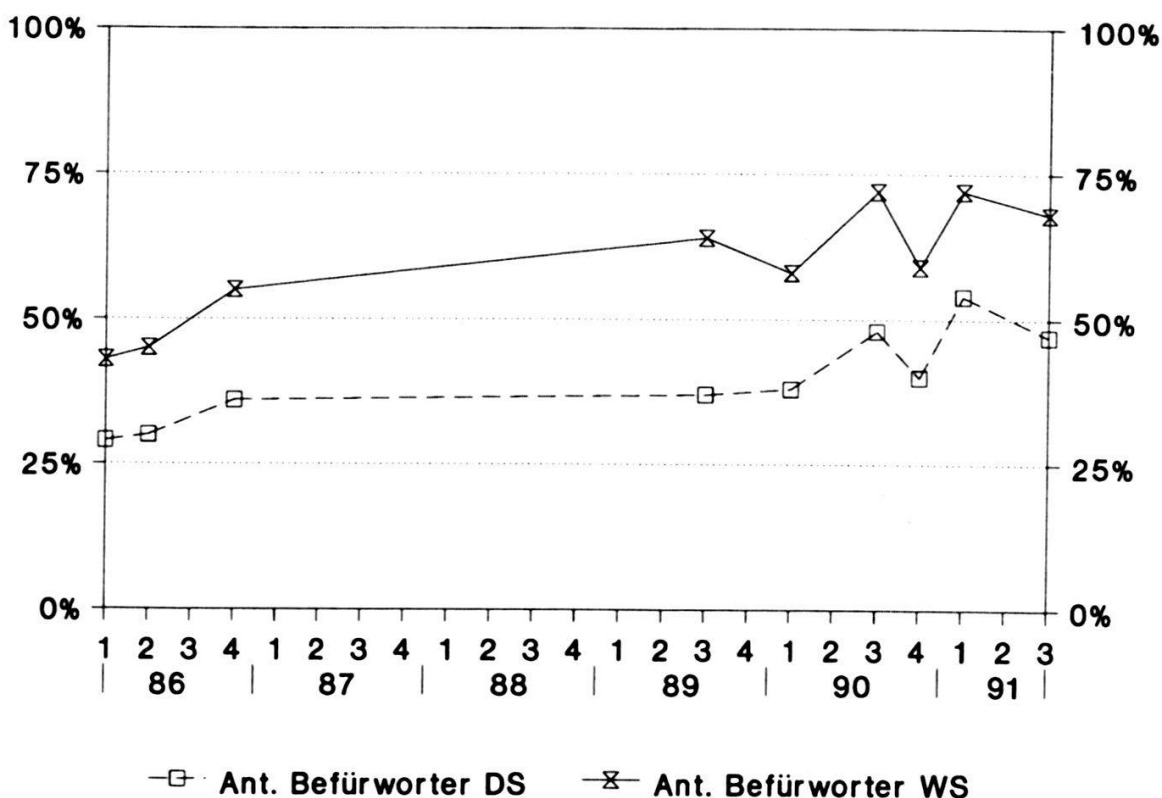
6 Im Kapitel III gehen wir näher auf die Differenzen in den Werthaltungsstrukturen der Sprachgruppen ein. Am gleichen Ort finden sich dazu auch empirische Angaben.

schen Gründen müssen wir uns dabei auf die deutsch- und französischsprachigen Bevölkerungsgruppen beschränken, obwohl hier sicher auch die Haltungen der italienisch- und romanischsprachigen SchweizerInnen von Interesse wären.

III. Einstellungsdifferenzen in bezug auf die europäische Integration

Bis Ende 1990 nahm der Anteil der Befragten, die einem EG-Beitritt der Schweiz positiv gegenüberstanden, tendenziell zu.⁷ Seither blieb dieser Anteil ziemlich konstant. In Grafik 1 sind die Resultate verschiedener Befragungen seit 1986 zusammengefasst. Die Schwankungen in der Datenreihe sind in erster Linie auf unterschiedliche Frageformulierungen in den einzelnen Studien zurückzuführen.

Es zeigt sich, dass trotz unterschiedlicher Messinstrumente die Zustimmung zu einem Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft in allen Befragungen in der Westschweiz 15 bis 20 Prozent höher liegt als in der deutschen Schweiz. Die konstant hohe und sehr signifikante Assoziation zwischen der Sprachgruppenzugehörigkeit und der Einstellung zum EG-Beitritt weist auf systematische und dauerhafte Unterschiede in den Haltungen der beiden Sprachgruppen hin. Angesichts des umfangreichen Datenmaterials (total mehr als 6000 Befragte) lässt sich eine Erklärung dieses Zusammenhangs durch Stichprobenfehler ausschliessen.



Grafik 1: Einstellungen zu einem Beitritt der Schweiz zur EG im Zeitvergleich.⁸

⁷ Vgl. Longchamp 1991a: 23, Tab. 16.

⁸ Daten 1986 aus: Ruffieux und Thurler (1989: 251). Die Daten zur Befragung 1986/2 wurden den

Ähnliches gilt auf der Ebene der konkreten Argumente für oder gegen einen Beitritt. Die Romands nehmen in allen Fällen eine EG-freundlichere Haltung ein als die DeutschschweizerInnen.⁹ Der Anteil der Unentschiedenen bzw. der Nichtantwortenden ist in der französischsprachigen Schweiz eher höher.

Aufschlussreich ist, wie die Vorteile und Nachteile eines EG-Beitritts in den beiden Sprachregionen gewichtet werden.¹⁰ Die wirtschaftlichen Aspekte der europäischen Integration werden in der Beitrittsdiskussion von Identitätsfragen überlagert (Longchamp 1991c: 87). In der offiziellen Aussenpolitik ist zwar eine Neugewichtung der neutralitätspolitischen Maxime festzustellen, in breiten Bevölkerungsschichten – besonders bei älteren und eher konservativ orientierten SchweizerInnen – wird die Neutralität auch heute als weitgehend deckungsgleich mit der Schweizer Aussenpolitik wahrgenommen.

Eine Beschränkung direkt-demokratischer Rechte im Zuge eines EG-Beitrittes würde nicht nur in konservativen Kreisen Widerstand provozieren, sondern auch von jenen bekämpft werden, die für die Thematisierung und Durchsetzung ihrer Anliegen wesentlich auf Plebiszite angewiesen sind. Gerade die Gruppierungen, die ihre Referendumsfähigkeit erst in den vergangenen Jahrzehnten erreicht haben, werden eine Beitrittsvorlage nicht nur um die eigenen Interessen zu wahren, sondern auch unter dem Aspekt des «Minderheitenschutzes» ablehnen.

Die Bereitschaft, im Falle eines EG-Beitritts Elemente des schweizerischen Staatssystems (Neutralität, direkte Demokratie, Föderalismus) einer Überprüfung oder Anpassung zu unterziehen, ist – nicht nur bei den BeitrittsgegnerInnen – gering (Grafik 2).

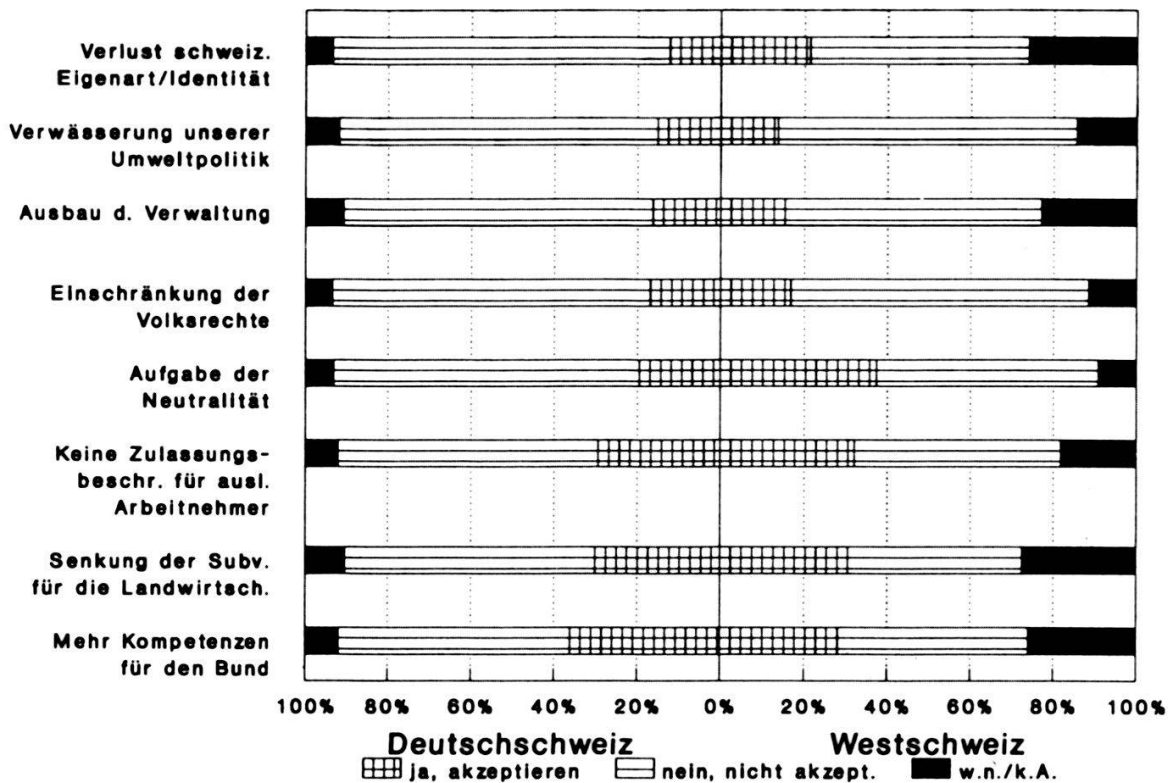
Autoren von der Schweizerischen Handelszeitung zur Verfügung gestellt.

Weitere Datenquellen: UNIVOX IIb 1990; UNIVOX IVd 1989–1991; Sicherheit 1991. In den einzelnen Studien wurden verschiedene Frageformulierungen verwendet. Die Basis für die Berechnung der Anteile der BefürworterInnen ist die Gesamtzahl der Befragten (also unter Einschluss der Kategorien «weiss nicht» und «keine Angabe»).

⁹ Vgl. Argumente IVD11A-IVD11D in UNIVOX IVd 1989–1991.

¹⁰ Die Frage lautete: «Nehmen wir einmal an, dass die Schweiz der EG beitreten möchte. Wären Sie bereit, folgende Einschränkungen und Konsequenzen für unseren Staat zu akzeptieren?»

- eine Einschränkung der Volksrechte,
- eine Aufgabe der Neutralität,
- eine Neuverteilung der Kompetenzen: mehr Kompetenzen für den Bund, weniger für die Kantone und Gemeinden,
- den Verzicht auf Zulassungsbeschränkungen für ausländische Arbeitskräfte
- eine Senkung der Unterstützungsbeiträge für die Landwirtschaft,
- eine Verwässerung unserer Umweltpolitik,
- einen Ausbau der Verwaltung,
- einen Verlust der schweizerischen Eigenart und Identität.



Grafik 2: Konzessionsbereitschaft im Falle eines EG-Beitritts.¹¹

Am ehesten noch würde man eine Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden (im Sinne einer Zentralisierung) in Kauf nehmen. Eine Aufgabe der Neutralität würde immerhin ein Drittel der Befragten akzeptieren. Die Zentralisierung von Kompetenzen stösst in der Romandie auf eine geringere Akzeptanz als im deutschsprachigen Landesteil. Den WestschweizerInnen würde es hingegen leichter fallen, den Grundsatz der Neutralität aufzugeben als den DeutschschweizerInnen.

Eine Einschränkung der Volksrechte oder ein Ausbau der Verwaltung kommt in beiden Landesteilen nur für weniger als 20 Prozent der Befragten in Frage.

Eine Senkung der Subventionsbeiträge für die Landwirtschaft oder eine Aufhebung der Zulassungsbeschränkung für ausländische Arbeitnehmer würde bei rund zwei Dritteln der SchweizerInnen auf Widerstand stossen. Am wenigsten konzessionsbereit sind die Befragten aber, wenn es um largere Umweltvorschriften geht.

Einen Verlust schweizerischer Eigenart und Identität bei einer Annäherung an Europa befürchtet eine grosse Mehrheit der DeutschschweizerInnen. In der französischsprachigen Schweiz sind diese Ängste etwas weniger ausgeprägt.¹²

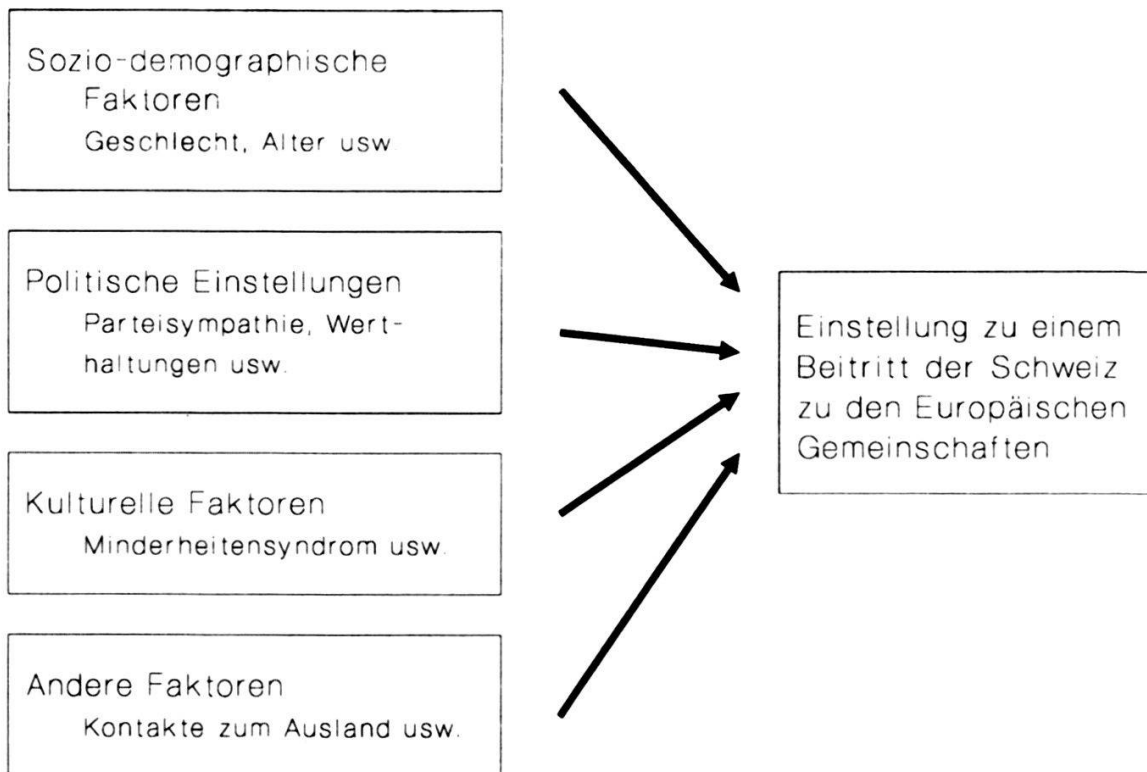
¹¹ UNIVOX IVd 1991 (N = 660).

¹² Zu nahezu identischen Ergebnissen kommt eine Umfrage der Schweizerischen Kreditanstalt. Die Möglichkeit, in Brüssel die europäische Politik mitgestalten zu können, sieht nur gerade jede/jeder Dritte (Westschweiz: 29,2%; Deutschschweiz 26,7%) als Kompensation für den Verlust von Volksrechten. (Resultate aus einer Umfrage der Schweizerischen Kreditanstalt; Zahlen wiedergegeben mit der Einwilligung von Dr. B. Hauser. Vgl. SKA-Bulletin, November 1991, Nr. 5/6.)

Wenn es um konkrete Konzessionen im Falle eines EG-Beitrittes geht, werden die sprachgruppenspezifischen Einstellungsdifferenzen fallweise minimiert. Statistisch signifikant sind die Unterschiede nur für die Items «Aufgabe der Neutralität» und «Verlust der schweizerischen Eigenart und Identität».

IV. Das Erklärungsmodell und die Untersuchungsanlage

Wie wir im vorangegangenen Kapitel aufgrund empirischer Befunde zeigen konnten, besteht zwischen den Einstellungen der französisch- und deutschsprachigen SchweizerInnen zur EG-Frage ein systematischer Unterschied. Wir wollen nun im folgenden versuchen, anhand verschiedener Analysen aufzuzeigen, dass dieser Zusammenhang nicht nur durch das Zusammenspielen anderer, sich überlagernder Faktoren zustande kommt.



Grafik 3: Das theoretische Erklärungsmodell

Ausgehend von einem theoretischen Modell, das in Grafik 3 wiedergegeben ist, postulieren wir, dass der Einfluss der Sprachgruppenzugehörigkeit in empirischen Untersuchungen nicht einfach aufgrund der indirekten Wirkungen von sozio-demographischen Faktoren oder von politischen Einstellungen entsteht.

Zunächst werden die sozio-demographischen und anschliessend die politischen Faktoren auf ihren Zusammenhang hin zu den EG-Einstellungen empirisch überprüft. Das Hauptgewicht der Analyse liegt auf weiteren Faktoren, die in direktem Zusammenhang mit der sprachlich-kulturellen Segmentierung der Schweiz stehen und denen unseres Erachtens nicht-substituierbare Erklärungskraft zukommt. In

einem letzten Schritt geht es darum festzustellen, wie sich die Thesen zueinander hinsichtlich ihrer Erklärungskraft verhalten. Zu diesem Zweck werden wir die postulierten Einflüsse in multivariater Form weiter analysieren.

V. Erklärungsfaktoren für sprachgruppenspezifische Einstellungsdifferenzen

1. Sozio-demographische und politische Faktoren

Ausgehend von dem theoretischen Grundmodell¹³ soll in den nächsten Abschnitten der Einfluss der einzelnen Variablengruppen auf die Einstellungen zu einem EG-Beitritt überprüft und gewichtet werden. In einem ersten Schritt wurde untersucht, in welchem Masse sozio-demographische und politische Variablen den Zusammenhang zwischen der Sprachgruppenzugehörigkeit und der Einstellung zu einem Beitritt der Schweiz zur EG beeinflussen.¹⁴ Nur jene Determinanten, für die sich auch unter Einbezug der Variable «Sprachgruppenzugehörigkeit» ein signifikanter Einfluss auf die abhängige Variable (EG-Beitritt) nachweisen liess, wurden im modifizierten Modell belassen. Für die Datenanalyse wurde ein gepoolter Datensatz aus vier Befragungen (UNIVOX IVd 1989–1991; Sicherheit 1991) verwendet. Das Kriterium für die Auswahl dieser Datensätze war die gleiche Formulierung der Beitrittsfrage (Sonntagsfrage mit explizitem Neutralitätsvorbehalt).¹⁵ Die Stichprobe umfasst 3031 Fälle, wobei einzelne Zusammenhänge nur anhand einer Teilstichprobe überprüft werden können.

In den meisten Studien werden Sprachgruppenzugehörigkeit, Bildung und Alter als die zentralen erklärenden sozio-demographischen Variablen betrachtet, auf die sich unterschiedliche Einstellungen zu einem EG-Beitritt der Schweiz zurückführen lassen. Longchamp (1991a, 1991b) geht davon aus, dass diese drei Faktoren etwa einen Drittel der Varianz zu erklären vermögen. Daneben identifiziert er die Branchenzugehörigkeit, die Werthaltungen und die Parteisympathie der Befragten als weitere wichtige Determinanten (Longchamp 1991b: 8).¹⁶

13 Siehe Kapitel IV, Grafik 3.

14 Als Analyseverfahren wurde die Methode der log-linearen Modelle angewandt. In log-linearen Modelle lassen sich die multivariaten Beziehungen zwischen nominal- und/oder ordinalskalierten Variablen untersuchen. Als Software-Programme wurden MICLOG V4.0 und die Prozeduren Loglinear und Hiloglinear aus dem Statistikpaket SPSS/PC+ V4.0 verwendet.

15 Die Frage lautete: «Wenn Sie in den nächsten Tagen über einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) abstimmen müssten, wie würden Sie sich entscheiden? Ich würde Ja stimmen, Nein stimmen, ich würde Ja stimmen, aber nur wenn die Schweiz vorher von der EG Garantien für ihre Neutralität erhalten hätte.» Verwendet wurden drei Datensätze aus UNIVOX-Befragungen zum Thema IVd «Welt» (GfS-Forschungsinstitut, Zürich) und der Datensatz der im Auftrag der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich (Prof. Dr. K. R. Spillmann) durchgeführten Studie «Sicherheit 1991» (EXPLORA, Zürich).

16 Vgl. auch Longchamp 1991a: 7, 10.

Für unseren Datensatz gelangen wir zu ähnlichen Ergebnissen: Das Bildungsniveau ist insgesamt neben der Sprachgruppenzugehörigkeit der wichtigste Erklärungsfaktor für unterschiedliche Einstellungen in der Beitrittsfrage. Ein starker Effekt ist für beide Sprachgruppen nachweisbar: höher Gebildete sind häufiger von der Notwendigkeit eines EG-Beitritts überzeugt als Befragte mit niedrigem Bildungsniveau. Auch gute Kenntnisse über die Europäischen Gemeinschaften führen tendenziell zu einer positiveren Haltung dieser Organisation gegenüber. Einen signifikanten Einfluss auf die Haltung zum EG-Beitritt üben auch die Variablen Alter und «Mobilität» (Ansässigkeit am Wohnort) aus. Nur von geringer Erklärungskraft sind dagegen die Konfessionszugehörigkeit oder das Geschlecht der Befragten.

Als wichtige «politische» Determinanten kristallisieren sich in der bivariaten Analyse die Parteisympathie und die Werthaltungen¹⁷ der Befragten heraus. Postmaterialisten sind deutlich EG-freundlicher eingestellt als Materialisten. Zudem ist der Anteil der Unentschiedenen unter den Postmaterialisten geringer als unter den Materialisten.

Auch zwischen der grundsätzlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit¹⁸ und der Beitrittshaltung lässt sich ein Zusammenhang nachweisen: Eine generell grössere Bereitschaft zu mehr Zusammenarbeit mit anderen Ländern geht mit einer EG-freundlichen Haltung einher. Dies gilt in gleichem Masse für beide Landesteile. Erstaunlich ist allenfalls, dass der Zusammenhang zwischen der grundsätzlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit und der Einstellung zu einem EG-Beitritt nicht noch ausgeprägter ist. Bilaterale Kooperation und die sich daraus ergebenden Abhängigkeiten werden offensichtlich als weniger einschränkend und verpflichtend betrachtet als die Konsequenzen einer Eingliederung in eine unter Umständen weniger rigide multilaterale Struktur.

Von Interesse ist auch das Ergebnis für die Variable «Regierungszufriedenheit»: Mit abnehmender Zufriedenheit steigt der Anteil der BeitrittsbefürworterInnen. Besonders ausgeprägt ist diese Tendenz in der deutschen Schweiz. Überhaupt scheinen sich die eher unzufriedenen BürgerInnen bereits eine Meinung gemacht zu haben, während die sich zufrieden gebenden SchweizerInnen zum Teil noch nicht Stellung nehmen können oder wollen.

In welchem Masse der enge Zusammenhang zwischen dem EG-Beitritt und der Sprachgruppenzugehörigkeit von den wichtigsten sozio-demographischen oder politischen Variablen beeinflusst wird,¹⁹ lässt sich in trivariaten Teilmodellen untersu-

17 Als Indikator für Werthaltungen wurde in der vorliegenden Studie die Kurzfassung von Ingleharts Postmaterialismus-Index verwendet. Vgl. auch Inglehart (1989). Zum Zusammenhang zwischen postmaterialistischen Werthaltung und der Einstellung zur EG insbesondere Janssen (1991).

18 Die Frage lautete: «Hier sind einige Anliegen und Probleme, mit denen sich unser Land befassen muss. Sollen wir sie eher allein anpacken oder eher in Zusammenarbeit mit anderen Ländern?» Als Items aufgeführt waren: «Natur- und Umweltschutz», «Massnahmen gegen die Teuerung», «Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit», «Energieversorgung», «Militärische Verteidigung», «Hilfe an Entwicklungsländer», «Entwicklung neuer Produkte für unsere Industrie», «Förderung von Kultur und Erschliessung neuer Absatzmärkte». Für alle Befragten wurde die Zahl der Antworten «eher zusammen mit anderen» summiert und anhand der Zahl der Antworten standardisiert.

19 Die Befragten, die keine klare Position für oder gegen einen Beitritt einnahmen, wurden für diesen Analyseschritt nicht in die Datenbasis einbezogen.

chen. Der Effekt, den die Sprachgruppenzugehörigkeit ausübt, bleibt in allen Teilmodellen unverändert stark, das heisst der Einbezug der verschiedenen sozio-demographischen und politischen Faktoren vermag den starken Einfluss der Sprachgruppenzugehörigkeit nicht abzuschwächen.

Variablen mit signifikanten Einflüssen wurden anschliessend in multivariaten Modellen überprüft. Dabei konnten die Variablen «Geschlecht», «Konfession» und «Regierungszufriedenheit» wegen mangelnder Signifikanz der Zusammenhänge ausgeschieden werden. Die Variable «Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse» wird durch den Einbezug der «Parteisympathie» redundant. Aus theoretischen Gründen erweist sich für unsere Analyse auch die Variable «Kooperationsbereitschaft» als redundant. Der schwache Zusammenhang zwischen dem Kenntnisstand und der Einstellung zu einem EG-Beitritt wird durch den Bildungseffekt «ausgewaschen». In die Überprüfung des reduzierten Modells (Tab. 2) konnte schliesslich die Variable «Mobilität» – obwohl mässig signifikant – nicht einbezogen werden, da sonst die Datenbasis zu schmal bzw. die Zellenbelegungen zu niedrig geworden wären.

Modell	Y ²	df	p		Y ²	df	p	Y ² /df
[BAPWS], [E]	1824.8	1306	<.001					
[BAPWS], [SE]	1665.2	1303	<.001	[SE]	159.6	3	<.001	53.2
[BAPWS], [SE], [BE]	1544.3	1297	<.001	[BE]	120.9	6	<.001	20.1
[BAPWS], [SE], [BE], [WE]	1493.4	1291	<.001	[WE]	50.9	6	<.001	8.5
[BAPWS], [SE], [BE], [WE], [AE]	1441.6	1282	<.001	[AE]	51.8	9	<.001	5.8
[BAPWS], [SE], [BE], [WE], [AE], [PE]	1318.0	1255	<.106	[PE]	123.7	27	<.001	4.6

Sämtliche 2-Weg-Interaktionen (Faktor-Response) sind signifikant. Y² ist ein asymptotisch χ^2 -verteiltes Mass zur Beurteilung der relativen Anpasstheit eines Modells an die empirisch vorliegenden Daten. Das resultierende Modell erreicht eine hohe Güte. Keine der 3-Weg-Interaktionen ist signifikant. Das Zusammenlegen von Kategorien bei einzelnen Variablen oder andere Modell-Selektionsprozeduren führen zu gleichen Resultaten.

Abkürzung	Faktor-Variablen	Anzahl Kategorien
B	Bildung	3
A	Alter	4
P	Parteisympathie	10
W	Werthaltungen	3
S	Sprachgruppenzugehörigkeit	2
	<i>Response-Variable</i>	
E	EG-Beitritt	4

Im Basismodell wurden sämtliche Interaktionen zwischen den Faktoren integriert, da im vorliegenden Zusammenhang einzig die Faktor-Response-Interaktionen von Interesse sind. Die Stichprobe umfasst 2973 Fälle. Die einzelnen 2-Weg-Interaktionen wurden schrittweise ins Modell eingefügt.

Tabell 1: Reduziertes Modell mit sozio-demographischen und politischen Erklärungsfaktoren (Resultate der log-linearen Analyse).

Die Analyse zeigt, dass sozio-demographische und politische Faktoren den starken Einfluss der Sprachgruppenzugehörigkeit auf die Einstellung zum EG-Beitritt kaum abzuschwächen vermögen. In den folgenden Abschnitten sollen deshalb andere Erklärungsversuche unternommen werden.

2. Das Minderheitensyndrom

Die französische Sprachgruppe weist einen Anteil von 18,4% an der gesamten Wohnbevölkerung der Schweiz auf.²⁰ Im Vergleich dazu liegt der Anteil der Deutschsprechenden bei 65,0%, jener der Italienischsprechenden bei 9,8%. Wenn man nur die Schweizer BürgerInnen berücksichtigt, verändern sich die Anteile der Sprachgruppen nicht unwesentlich. Sie betragen dann: 73,5% für die deutsche, 20,1% für die französische und 4,5% für die italienische Schweiz. Wir können also davon ausgehen, dass der deutschsprachige Bevölkerungsteil eine klare Mehrheit besitzt.

	Deutsch	Französisch	Italienisch	Romanisch	Andere	Total
Wohnbevölkerung ²²	4141 (65,0)	1173 (18,4)	624 (9,8)	51 (0,8)	379 (6,0)	6366 (100)
SchweizerInnen ²³	3984 (73,5)	1090 (20,1)	242 (4,5)	51 (0,9)	54 (1,0)	5421 (100)
Standesstimmen ²⁴	16 (69,6)	6 (26,1)	1 (4,3)	—	—	23 (100)
Bundesratssitze ²⁵	4 (57,1)	2 (28,6)	1 (14,3)	—	—	7 (100)
ChefbeamtenInnen ²⁶	4651 (74,6)	1220 (19,6)	186 (3,0)	10 (0,2)	165 (2,6)	6232 (100)
Direktionsmitgl. ²⁷	182 (77,4)	49 (20,9)	4 (1,7)	—	—	235 (100)
AmtsleiterInnen ²⁸	68 (76,4)	18 (20,2)	3 (3,4)	—	—	89 (100)

Tabelle 2: Einige Indikatoren zur sprachgruppenspezifischen Verteilung.²¹

20 Dazu und zum folgenden vergleiche Tabelle 2.

21 Die Werte in Klammern sind die Prozentwerte. Die Sprachbezeichnungen beziehen sich auf die Muttersprache der entsprechenden Personen. Unter die Kategorie «Andere» fallen alle Sprachen, welche nicht zu den Landessprachen gehören. Bei den Bundesbeamten sind zusätzlich auch die «bilingues» darin enthalten. Entspricht das «Total» nicht der Summe der einzelnen Kategorien, so handelt es sich bei den Abweichungen um Rundungsfehler.

22 Ständige Wohnbevölkerung (in tausend) gemäss der Volkszählung von 1980, Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1992, Zürich: NZZ 1991: 323.

23 Wie Anm. 22, jedoch nur Schweizer BürgerInnen.

24 Vergleiche dazu die Erläuterungen im Text.

25 Diese Angaben beziehen sich auf den Stand anfangs 1992.

26 Unter Chefbeamten verstehen wir jene Angestellten der Bundesverwaltung, die in Besoldungsklasse 24 oder höher eingestuft sind. Diese Gruppe umfasst auch Angestellte der Annexanstalten (PTT, SBB, ETHZ, EPFL usw.). Quelle: Eigene Berechnungen aus den Angaben im Eidgenössischen Staatskalender 1991/92, hrsg. von der Bundeskanzlei, Bern: EDMZ 1991.

27 Als Mitglieder der Amtsdirektionen sind hier alle DirektorInnen, stellvertretende DirektorInnen oder VizedirektorInnen in der Bundesverwaltung definiert. Hinzu kommen jene Bundesangestellten, die eine vergleichbare Position einnehmen, jedoch einen anderen Titel tragen, beispielsweise Generalsekretäre und deren Stellvertreter, Heereseinheitskommandanten, der Bundesanwalt und sein Stellvertreter usw. Die Annexanstalten sind hier jedoch nicht enthalten. Quelle: wie in Anm. 26.

28 Analog zu den Direktionsmitgliedern, aber nur die Personen in der obersten Position des Amtes; vgl. Anm. 27.

Unter der Annahme, dass sich die politischen Interessen der Individuen sprachgruppenspezifisch unterscheiden, muss man vermuten, dass die Minderheitengruppierungen im demokratischen Entscheidungsprozess die Rolle eines strukturellen Verlierers zu spielen haben. Die schweizerische Bundesverfassung sorgt hier jedoch mit föderalistisch ausgeformten Instrumenten, wie der Konstituierung des Ständerates, der Berücksichtigung des Ständemehrs in bestimmten Volksabstimmungen und einer grossen Autonomie der Kantone und Gemeinden, für einen gewissen Interessenausgleich. Während die Kantone Waadt, Neuenburg, Genf und Jura von der französischen und der Tessin von der italienischen Sprache dominiert sind, verfügen zwölf Kantone und sechs Halbkantone über eine grösstenteils deutschsprachige Schweizer Bevölkerung.²⁹ Dazwischen stehen die sprachlich gemischten Kantone Freiburg und Wallis mit einer französischsprachigen Mehrheit von knapp zwei Dritteln und der Kanton Graubünden mit einem etwa gleich hohen Anteil an deutschsprachigen SchweizerInnen. Rechnen wir diese ebenfalls den homogeneren Kantonen der jeweiligen Sprachgruppe zu, ergibt sich ein Verhältnis der *Standesstimmen* von 16 zu 6 zu 1 oder – in Prozentzahlen ausgedrückt – 69,6, 26,1 und 4,3. Betrachtet man die Vertretung der Sprachgruppen im *Bundesrat*, wird deutlich, dass die italienisch- und die französischsprachigen Landesteile im Verhältnis zu ihrem Gewicht in der Schweizer Bevölkerung gar übervertreten sind. Die Anteile der ChefbeamtenInnen in der *Bundesverwaltung* mit Französisch als Muttersprache sind nahezu direkt proportional zu jenen bei den StimmbürgerInnen. Dies gilt auch für die höheren bzw. höchsten Stufen in der Beamtenhierarchie, also für die Direktionsmitglieder oder für die AmtsdirektorInnen. Es wäre anhand dieser zugegebenermassen groben Indikatoren also sicherlich falsch, von einer Diskriminierung der Romands in der Bundesverwaltung zu sprechen. Im Gegensatz dazu scheinen Klagen dieser Art von italienisch- oder romanischsprachiger Seite durchaus begründet zu sein. Untersucht man die *Departemente* jedoch einzeln (siehe Tab. 3), fällt sofort auf, dass massive Unterschiede bezüglich der Vertretung der Landessprachen bestehen. Einen besonders hohen Anteil von französischsprechenden Direktionsmitgliedern weisen das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das Finanzdepartement (EFD) auf. Schwach vertreten sind die Romands im Departement des Innern (EDI). Dort sitzen ebensoviele Welsche wie TessinerInnen in den Amtsdirektorien.³⁰

29 Die Angaben zu den Anteilen der Sprachgruppen in den einzelnen Kantonen stammen aus der Volkszählung 1980 und sind uns freundlicherweise vom Bundesamt für Statistik zur Verfügung gestellt worden.

30 Für die Über- bzw. Untervertretungen in den Departementen bieten sich verschiedene Erklärungen an. Das EDA beispielsweise vermochte möglicherweise wegen der traditionellen Diplomatensprache Französisch besonders viele Romands anzuziehen. Das EDI wurde seit Marcel Pilet-Golaz im Jahre 1929 nie mehr von einem welschen Bundesrat geleitet. Die Unterrepräsentierung im EVED kann auch damit begründet werden, dass es seit 1980 unter der Leitung von Bundesräten aus der SVP steht, die ja im französischen Sprachraum mit der UDC nur über eine äusserst schmale Rekrutierungsbasis verfügt. Wieweit die angefügten Argumentationslinien zutreffen, müssen wir hier offen lassen. Plausibel erscheinen sie uns jedoch alleweil.

	BK	EDA	EDI	EFD	EJPD	EMD	EVD	EVED	Total
Deutsch	0 (0)	13 (68)	31 (84)	27 (73)	28 (78)	44 (77)	24 (83)	15 (83)	182 (77)
Französisch	1 (50)	6 (32)	3 (8)	10 (27)	8 (22)	13 (23)	5 (17)	3 (17)	49 (21)
Italienisch	1 (50)	0	3 (8)	0	0	0	0	0	4 (2)
Insgesamt	2	19	37	37	36	57	29	18	235

Table 3: Sprachverteilung bei den Direktionsmitgliedern nach Departementen.³¹

Bereits früher sind Untersuchungen zur Vertretung der verschiedenen sozialen Gruppierungen in der Bundesverwaltung durchgeführt worden. Die Studie von Klöti (1972) beschäftigt sich mit soziologischen Querschnitten in den Jahren 1938, 1955 und 1969. Eine weitere Studie gibt Aufschluss über die soziologische Struktur der Verwaltung beim Bund und in den Kantonen in den achtziger Jahren.³² In bezug auf die Frage nach einer repräsentativen Vertretung der Sprachgruppen in der Bundesverwaltung stimmen die Resultate der beiden Analysen mit den unsrigen überein.³³ Wir können also davon ausgehen, dass weder heute noch in früheren Jahren eine wesentliche Untervertretung der frankophonen SchweizerInnen in der eidgenössischen Verwaltung besteht oder bestanden hat.

Das ändert jedoch nichts daran, dass die Romands in der Schweiz trotzdem eine Minderheit bilden. Auch im Verbund mit den anderen Landessprachen ist es den Welschen nicht möglich, die deutsche Dominanz zu überwinden. Obwohl das schweizerische politische System die Interessen der sprachlichen Minderheiten in «fairer» Art und Weise miteinbezieht, gibt die alemannische Mehrheit in praktisch allen betrachteten Entscheidungsformen klar den Kurs an. Selbst im Bundesrat, wo die Vertretung der sprachlichen Minoritäten überproportional stark ist, sind die Exekutivmitglieder mit deutschsprachiger Herkunft in der Mehrheit. Nur gerade die Bundeskanzlei bildet diesbezüglich eine Ausnahme, da die drei eidgenössischen Amtssprachen hier zu gleichen Teilen vertreten sind.³⁴

Im folgenden wird die Frage untersucht, wie weit sich die verschiedenen Sprachregionen in den eidgenössischen *Volksabstimmungen* unterschiedlich geäußert haben. Neben den drei (auf kantonaler Ebene relevanten) sprachlichen Kantonsgruppen haben wir zusätzlich auch verschiedene deutschsprachige Subregionen in die Analyse aufgenommen, um in der Grösse vergleichbare Subeinheiten zu erhalten.

31 Die Werte in Klammern stehen für die Prozentanteile. Die Sprache der Beamten ist definiert als deren Muttersprache. Für die Verwaltungseinheiten werden die folgenden Abkürzungen verwendet: Bundeskanzlei (BK) (ohne Bundeskanzler; vgl. Anm. 34), Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Eidg. Departement des Innern (EDI), Eidg. Finanzdepartement (EFD), Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), Eidg. Militärdepartement (EMD), Eidg. Wirtschaftsdepartement (EVD) und Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED). Zur Definition der Direktionsmitglieder vergleiche Anm. 27. Quelle: Siehe Anm. 26.

32 Urio/Arigoni/Baumann/Joye 1989.

33 Klöti (1972: 83–88, 139f., 1984).

34 Der Bundeskanzler wurde, da es sich bei ihm um eine Magistratsperson handelt, in Tabelle 4 nicht berücksichtigt, muss hier aber natürlich miteinbezogen werden.

Regionen	DE (19)	FR (6)	FR (4)	IT (1)	IN (6)	OS (5)	ML (6)	ZH (1)	CH (26)
Anteil an Stimmberechtigten	73,52	22,52	15,82	3,95	9,13	14,15	50,25	17,47	100,00
Stimmbeteiligung	41,38	33,51	32,52	35,46	42,20	41,09	41,22	44,60	39,36
Stimmenanteile	77,29	19,17	13,07	3,56	9,79	14,77	52,62	19,79	100,00
Minderheitspositionen	5	12	13	12	6	5	6	9	—

Tabelle 4: Eidgenössische Volksabstimmungen von 1981 bis 1991... Indikatoren zur Abschätzung des politischen Gewichts verschiedener Regionen.³⁵

Wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, sind jene Fälle, bei denen sich eine Region im Vergleich zum gesamtschweizerischen Volksmehr in einer Minderheitsposition befunden hat, doch ziemlich selten. Von den insgesamt 70 Sachvorlagen, zu denen in den elf Jahren von 1981 bis 1991 eidgenössische Plebiszite stattfanden, ist eine einzelne Region maximal dreizehnmal in dieser Lage gewesen. Insgesamt weisen von diesen Vorlagen deren 38 – unter Berücksichtigung der von uns definierten regionalen Gruppierungen – homogene Resultate auf. Für die restlichen Abstimmungen ergaben sich dagegen in mindestens einer Region abweichende Mehrheiten. Weiter fällt auf, dass die nicht-deutschsprachigen Regionen häufiger überstimmt worden sind als alle deutschsprachigen Regionen, und dies, obwohl die deutschschweizerischen Regionen teilweise kleinere Stimmberechtigtenzahlen aufweisen. Zum einen ist diese sprachspezifische Abweichung sicherlich auf die strukturell tiefere Stimmbeteiligung in den französischsprachigen Kantonen (und im Tessin)

35 Die Tabelle gibt die Ergebnisse eigener Berechnungen aufgrund der Abstimmungsergebnisse der 29 Urnengänge vom 5. April 1981 bis zum 2. Juni 1991 zu insgesamt 70 Sachvorlagen wieder. Die Abstimmungsergebnisse sind diversen Jahrgängen des Bundesblattes entnommen worden. Die angegebenen Regionen setzen sich folgendermassen zusammen (Anzahl Kantone oder Halbkantone in Klammern):

- *DE (19)*: Deutsche Schweiz (ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG);
- *FR (6)*: Französische Schweiz im weiteren Sinn (FR, VD, VS, NE, GE, JU);
- *IT (1)*: Italienische Schweiz (TI);
- *IN (6)*: Innerschweiz (LU, UR, SZ, OW, NW, ZG);
- *OS (7)*: Ostschweiz (GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG);
- *ML (6)*: Deutschschweizerisches Mittelland (ZH, BE, SO, BS, BL, AG);
- *ZH (1)*: Zürich (ZH).

Die vier Indikatoren sind folgendermassen definiert:

- *Anteil an Stimmberechtigten*: Durchschnittlicher Anteil der Regionen an der gesamtschweizerischen Anzahl Stimmberechtigter in Prozent bei den 70 Vorlagen von 1981 bis 1991.
- *Stimmbeteiligung*: Durchschnittliche Stimmbeteiligung bei den eidgenössischen Volksabstimmungen von 1981 bis 1991 in den verschiedenen Regionen.
- *Stimmenanteile*: Durchschnittlicher Anteil der Regionen in Prozent an den gesamtschweizerisch in Betracht fallenden Stimmen (d.h. gültige ohne leere Stimmen) der betrachteten Periode.
- *Minderheitspositionen*: Anzahl der Fälle, bei denen in einer Region eine andere Mehrheit zustande gekommen ist, als das in der gesamten Schweiz der Fall war. Berücksichtigt wurde jeweils nur das Volksmehr, das Ständemehr blieb unberücksichtigt.

zurückzuführen, welche eine gewisse Verschärfung der Minoritätssituation der Welschen impliziert. Als zweite Ursache für das häufigere Unterliegen der nicht Regionen ist aber sicherlich eine überdurchschnittlich starke Abweichung der Westschweizer von den gesamtschweizerischen Mehrheitseinstellungen festzustellen. Die Deutschschweiz scheint in Abstimmungen geschlossener aufzutreten, als dies für die gesamte Schweiz (und damit über die Sprachgrenzen hinweg) der Fall ist. Auch wenn die Abweichungen nicht allzu stark sind, bleibt an dieser Stelle festzuhalten, dass die Politik des Bundes (zumindest was den direkt-demokratischen Teil betrifft) tendenziell eher von deutsch- als von westschweizerischer Seite bestimmt wird. Bedenkt man jedoch, dass bei den Volksabstimmungen seit 1981 weniger als ein Fünftel aller in Betracht fallenden Stimmen von WestschweizerInnen abgegeben wurden, kann dies auch nicht weiter erstaunen.

Von den 32 Abstimmungen, in denen eine oder mehrere der von uns betrachteten Regionen in die Minderheit versetzt wurden, waren zwölf Mal nur deutschsprachige Regionen betroffen. Fünfmal geriet der Kanton Tessin und sechsmal nur die französischsprachige Region mit ihren Abstimmungsentscheidungen in die Minoritätensituation. Im Gegensatz dazu ist es nur in neun Fällen zu sprachlich gemischt zusammengesetzten Minderheitskoalitionen gekommen. Dies deutet darauf hin, dass der häufig diskutierte «Röschtigraben» (oder Sprachgrenzen in der Schweiz im allgemeinen) für die politische Meinungsbildung relevant ist. Eine gewisse Ausnahmestellung kommt dabei interessanterweise dem obligatorischen Staatsvertragsreferendum über einen Beitritt der Schweiz zur UNO im März 1986 zu, das zudem, wegen der thematisch vergleichbaren Ausrichtung, hier von speziellem Interesse ist. Sowohl unsere Analyse auf kantonaler Ebene, wie auch eine differenziertere Untersuchung von Nef und Rosenmund (1986: 9f.) auf Gemeindeebene, zeigen hier nur gerade minime Abweichungen zwischen den sprachregionalen Resultaten. Dagegen kann allgemein davon ausgegangen werden, dass die Orientierungen in den welschen Kantonen von jenen in der Deutschschweiz massgeblich differieren, und dies – wie Nef (1979: 166f.) gezeigt hat – in verschiedenen Dimensionen. Diese regionalen Differenzen sind «im Gegensatz zu anderen wichtigen Kontrasten früherer Zeiten, zum Beispiel zu den konfessionellen Grenzen und Stadt-Land-Unterschieden, erhalten geblieben».³⁶ Nef bezeichnet die sprachlich-kulturelle Grenze als den relevantesten Teilungsaspekt (1980: 183).

Zwei Kriterien sind also erfüllt, welche dazu führen können, dass sich in der Westschweiz eine gewisse Stimmung breit machen kann, die wir als Minderheitensyndrom bezeichnen wollen. Zum einen hat sich die quantitative Minoritätensituation der frankophonen Schweiz unter verschiedenen Aspekten gezeigt, und zum zweiten haben wir dargelegt, dass durchaus massive Einstellungsdifferenzen die Minderheitenlage auch akut werden lassen können. Doch auch andere Regionen können sich in den direkt-demokratischen Ausmachungen nicht immer durchsetzen. So haben sich zum Beispiel die Zürcher StimmbürgerInnen, denen im Volksmund eine sehr dominante Rolle zugesprochen wird, immerhin in neun Abstimmungen der in der übrigen Schweiz vorherrschenden Meinung beugen müssen. Im Gegensatz

³⁶ Meier-Dallach/Ritschard/Nef (1990: 7).

zum Welschland wird aber im Kanton Zürich kaum von einer Majorisierung der eigenen Interessen im eidgenössischen Bundesstaat gesprochen. Neben der dargestellten Sachlage scheinen in der Westschweiz die Klagen über die deutschschweizerische Dominanz von einem differierenden Wahrnehmungsmuster verursacht zu werden. Französischsprachige Schweizerinnen sind im Vergleich zu ihren deutschsprachigen Landsfrauen und -männern diesbezüglich deutlich sensibler.

Mit den abweichenden Einstellungen, der quantitativen Minderheitssituation der französischsprachigen Landesteile und den unterschiedlichen Perzeptionsmustern ist die Ausgangslage für die Entwicklung eines (nur einseitig entwickelten) Minderheitensyndroms gegeben. Gerade die Orientierung hin zu Europa gibt nun der welschen Schweiz die Möglichkeit, Hoffnungen auf eine Überwindung der heutigen, machtpolitisch unbefriedigenden Lage im schweizerischen politischen System zu entwickeln. Darin liegt unseres Erachtens eine mögliche Ursache, weshalb die frankophonen EidgenossInnen europäischen Integrationsbemühungen grundsätzlich positiver gegenüberstehen. Es ist naheliegend, dass sie sich von einer Eingliederung der Schweiz in ein geeintes Europa das Aufbrechen eben dieser (in der individuellen Perzeption) strukturellen Minderheitsposition erhoffen. In Koalition mit anderen europäischen Regionen bestehen – in den Augen vieler WestschweizerInnen – in einem föderal aufgebauten und sich vielleicht auch verstärkt demokratisierenden Europa wahrscheinlich bessere Aussichten auf Veränderungen. Im Gegensatz dazu befürchten vermutlich die DeutschschweizerInnen, ihre machtpolitisch tendenziell eher als privilegiert wahrgenommene Lage einbüßen zu müssen. Unter diesem Aspekt scheinen sich die DeutschschweizerInnen als praktisch sichere Verlierer, die anderen Sprachgruppen hingegen – aus einer optimistischeren Erwartungshaltung heraus – zumindest als potentielle Gewinner eines zukünftigen EG-Beitritts der Schweiz zu sehen. Das sprachlich und kulturell disparater fragmentierte Europa eröffnet der französischen Sprachgruppe eine Vielzahl neuer Horizonte. Mit Blick auf eine heute verstärkt geforderte Regionalisierung der europäischen Strukturen sind derartige Erwartungen sicher nicht als unrealistisch zu werten.

3. Kulturelle Affinität zum gleichsprachigen Ausland

Unter kultureller Affinität verstehen wir die kulturelle Nähe zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Die nachfolgenden Überlegungen bauen auf der These auf, dass die Romands eher einem Beitritt der Schweiz zur EG zuneigen, als dies die DeutschschweizerInnen tun, weil sie eine engere Bindung zum gleichsprachigen Ausland aufweisen als die DeutschschweizerInnen. Dieser These liegen zwei Annahmen zugrunde. Erstens postulieren wir, dass zwischen der interpersonellen Verbundenheit und der Integrationsneigung ein Zusammenhang besteht; dass also, je nachdem, wie stark eine gemeinsame kulturelle Identität ausgebildet ist, die individuelle Öffnung gegenüber integrativen Projekten zunimmt. Zum zweiten gehen wir von der Prämisse aus, dass für diesen Prozess primär die Beziehungen zu den gleichsprachlichen Gesellschaften des Integrationspartners ausschlaggebende Bedeutung erhalten. Je besser also das Verhältnis zu gleichsprachigen nationalen

Gesellschaften im Ausland ist, um so eher besteht auch die Bereitschaft zur Entwicklung einer gemeinsamen Loyalität. Danach ist also die Wahrnehmung des gleichsprachigen Auslands deutlich wichtiger als die Sicht anderer nicht-gleichsprachiger Ethnien im Ausland. Zur Messung dieser kulturellen Affinität wurde im Rahmen einer UNIVOX-Befragung im Jahre 1991 Deutsch- und Westschweizern die folgende Frage gestellt:

«Den Einwohnern eines Landes werden oft bestimmte Eigenschaften zugeschrieben. Auf einen wie grossen Teil der Bevölkerung Frankreichs oder Deutschlands treffen die aufgeführten Eigenschaften zu?»

Wir haben aus diesem Fragenblock die Frage nach der Eigenschaft «sympathisch» getrennt nach Deutsch- und Westschweizern ausgewertet und haben dabei die in Tabelle 5 präsentierten Resultate erhalten.

Daraus geht ganz deutlich hervor, dass die Franzosen in der welschen Schweiz als deutlich sympathischer wahrgenommen werden, als dies den Deutschen in der Deutschschweiz widerfährt. Während nur knapp neun Prozent der Deutschschweizer die Deutschen als meistens sympathisch bezeichnen, charakterisieren fast die Hälfte der befragten Romands die Franzosen in der gleichen Weise. Mehr als zehn Prozent der Deutschschweizer sind der Ansicht, dass die Umschreibung «sympathisch» auf fast keine Deutschen zutrifft. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Deutschen in der deutschsprachigen Schweiz (im Vergleich zu den Franzosen im Welschland) über ein sehr schlechtes Image verfügen. Wenn unsere Grundannahmen zutreffen, können wir gemäss unserer These davon ausgehen, dass in der französischen Schweiz die Integrationsbereitschaft deutlich höher ist als in der deutschen Schweiz.

	Bild der Deutschen in der Deutschschweiz		Bild der Franzosen in der Westschweiz	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Eigenschaft «sympathisch» trifft ...				
... auf die meisten zu	40	8,8	57	48,7
... auf manche zu	178	38,8	47	40,2
... nur auf einige zu	188	41,0	9	7,7
... auf fast niemanden zu	48	10,6	4	3,4
Total gültiger Antworten (n)	454	100,0	117	100,0

Tabelle 5: Fremdbild von Deutsch- und Westschweizern: Eigenschaft «sympathisch».

In Gegenüberstellung zu den interkulturellen Sympathien suchten wir eine andere Eigenschaft, die nicht Ausdruck von gemeinsamer Identität, sondern ein Zeichen von grosser Distanz darstellt. Da der Verzicht auf die einzelstaatliche Souveränität wohl ein sehr wichtiger Abwehrreflex bei der Integration in eine supranationale Organisation (wie sie heute oder in der Zukunft von der EG verkörpert wird) bildet, wurde untersucht, inwiefern die SchweizerInnen ihre Nachbarn als eher dominant oder eher

nicht dominant einstufen. Unsere These dazu lautet, dass je dominierender das gleichsprachige Ausland von den deutschsprachigen und welschen SchweizerInnen wahrgenommen wird, um so eher kommt es zu einer negativen Haltung gegenüber den Integrationsbestrebungen. Zugrunde liegt hier wiederum das Argument, dass primär das Bild des Teils des Integrationspartners für die Meinungsbildung verantwortlich ist, welcher im gleichen Sprachraum liegt. Dieses Bild ist, sofern es einen bedrohlichen oder gar furchterregenden Charakter aufweist, für die Ablehnung von Zusammenarbeitsprojekten wesentlich. Die Furcht muss sich jedoch nicht nur auf die vermeintliche wirtschaftliche Dominanz beziehen, sondern kann sich auch in anderen Bereichen (zum Beispiel in Jurisdiktion oder Umweltbedrohung) bemerkbar machen. Das zeigen die aktuellen Diskussionen um die Akzeptanz von fremden Richtern oder überschweren Lastfahrzeugen im Transitverkehr. Wie gross die Angst vor der Eingliederung in einen supranationalen Rahmen ist, hängt wesentlich davon ab, inwiefern das Bild des Integrationspartners als dominierend beurteilt wird. Im selben Frageblock wie oben sind die Befragten einer UNIVOX-Umfrage auch um Angaben gebeten worden, in welchem Ausmass sie bestimmte Bevölkerungsgruppen als dominierend einschätzen würden. Die Resultate dieser Frage sind in Tabelle 6 zusammengefasst.

	Bild der Deutschen in der Deutschschweiz		Bild der Franzosen in der Westschweiz	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Eigenschaft «dominierend» trifft ...				
... auf die meisten zu	257	57,2	33	28,4
... auf manche zu	146	32,5	54	46,6
... nur auf einige zu	40	8,9	21	18,1
... auf fast niemanden zu	6	1,3	8	6,9
Total gültiger Antworten (n)	449	100,0	116	100,0

Tabelle 6: Fremdbild von Deutsch- und Westschweizern: Eigenschaft «dominierend».

Als erstes Ergebnis ist hier festzuhalten, dass die DeutschschweizerInnen die Deutschen als deutlich dominierender einschätzen, als dies die WestschweizerInnen mit den Franzosen tun. Das geht aus den angegebenen Prozentwerten deutlich hervor. Gemäss unserer Hypothese sollten also die Deutschschweizer eher die Befürchtung hegen, sich im Zuge eines EG-Beitritts mit einem dominierenden Partner zu verbinden. Aufgrund dieser Resultate ist der Schluss zulässig, dass in der Perzeption der SchweizerInnen die Staatsgrenze hin zu Deutschland (viel mehr als jene zu Frankreich) auch eine Identitätsgrenze darstellt. Der Graben zwischen der Schweiz und Deutschland ist deutlich tiefer als jener zu Frankreich. Das erscheint nicht weiter erstaunlich, wenn die DeutschschweizerInnen mit dem von der Bundesregierung angekündigten aussenpolitischen Kurs hin zu Europa grössere Mühe bekunden, als dies in der welschen Schweiz der Fall ist.

Es stellt sich jedoch sogleich die Frage, wie diese stärkere Abgrenzung zustande kommt. Zum einen ist hier sicher eine Ursache in der Geschichte zu suchen. Und zwar insofern als die Ereignisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Entwicklung einer gemeinsamen Identität mit Deutschland sicher nicht erleichterten. Zum anderen unterscheidet sich der Deutschschweizer Dialekt stärker von den deutschen Dialekten, als dies bei der französischen Sprachgruppe der Fall ist. Ob dieser Faktor hier eher Ursache oder Wirkung darstellt, muss hier offen bleiben.

Von zentralem Interesse ist an dieser Stelle aber sicherlich die Frage, ob der Zusammenhang zwischen der kulturellen Affinität im oben umschriebenen Sinn und der Einstellung gegenüber Integrationsvorhaben auch empirische Evidenz aufweist. Dazu sind von uns die bivariaten Zusammenhänge zwischen den Fremdbildern (in den Dimensionen «sympatisch» und «dominierend») und den Einstellungen zu einem Schweizer EG-Beitritt mittels bivariater Kreuztabellen untersucht worden. Als Datengrundlage ist uns lediglich das Material aus der UNIVOX-Befragung im Jahre 1991 zur Verfügung gestanden. Aufgrund dieser Daten konnte unsere Hypothese nicht gestützt werden. Es ist somit empirisch nicht nachzuweisen, dass die europafreundlichere Haltung der Westschweizer auf deren – als positiver wahrgenommenes – Fremdbild des gleichsprachigen Auslands zurückzuführen ist. Es wäre jedoch überstürzt, diese Hypothese endgültig zurückzuweisen. Für einen solchen Schluss ist die Datengrundlage sicherlich ungenügend, da nur Angaben von etwas mehr als hundert Welschen vorliegen.³⁷ Unseres Erachtens drängen sich zu diesem Fragenkomplex weitere empirische Analysen auf.

4. Aspekte der Kommunikation

In kommunikativer Hinsicht unterscheiden sich die Deutsch- und die Westschweiz in bezug auf ihr Verhältnis zur EG. Die französische Sprache ist nämlich (zusammen mit dem Englischen) in der EG sogenannte Arbeitssprache, das Deutsche hingegen nur eine der neun (minder privilegierten) Amtssprachen. Die Unterscheidung zwischen Arbeits- und Amtssprachen ist zwar nicht überzubewerten, hingegen genügt diese doch, dass heute von deutscher Seite vehement eine sprachliche Gleichberechtigung angestrebt wird. Unter der Annahme, dass Österreich und die Schweiz in die EG integriert werden, ist wohl damit zu rechnen, dass sich der Status der deutschen Sprache in der EG verändern wird. In dieser Form kann also die sprachliche Diskriminierung kaum ein Deutschschweizer Argument gegen einen EG-Beitritt sein. Hingegen sind wir der Ansicht, dass die heutige Situation durchaus einen gewissen Einfluss auf die Meinungsbildung in der Schweiz haben könnte. Auch wenn alle EG-Kommissäre juristisch gesehen gleichberechtigt sind, ist ihre Bedeutung in der Öffentlichkeit sicher unterschiedlich. Der französischsprachige EG-Kommissionspräsident Delors hat in der Schweiz – auch im deutschsprachigen Landesteil – sicherlich eine höhere Medienpräsenz aufzuweisen als der deutsche EG-

³⁷ Bei fünfprozentiger Irrtumswahrscheinlichkeit ergibt sich für die welsche Stichprobe ein statistischer Fehler von rund +/- 9%.

Kommissär Bangemann. Generell lässt sich sagen, dass die Welschschweizer im Kontakt mit der EG weniger mit einer fremden Sprache konfrontiert sind als die deutschsprachigen Schweizer.³⁸

Ein weiteres Argument, weshalb die Welschen eher zu einer positiven Wertung eines Schweizer EG-Beitritts neigen könnten, liegt darin, dass von der hohen Präsenz von internationalen Organisationen in Genf eine Ausstrahlung ausgeht, welche zu einer weltoffeneren Haltung in der ganzen Romandie führen soll. Wie weit sich dies in dieser Form sagen lässt, und wie stark dieser Effekt wäre, muss hier offenbleiben. Auf alle Fälle ist es zutreffend, dass im Kanton Genf gegenüber einem EG-Beitritt der Schweiz ein sehr positives Klima herrscht. Der Ausspruch eines Genfer Politikers – «On voit grand à Genève. On aime le monde, on aime l'Europe»³⁹ – stimmt mit dem aus Meinungsumfragen gewonnenen Eindruck überein. Aus den uns zur Verfügung stehenden Umfragedaten der Jahre 1989 bis 1991⁴⁰ geht hervor, dass sich von den 95 befragten Genfern nur gerade 10 (10,5%) gegen einen Beitritt ausgesprochen haben. Ganze 74 (77,9%) waren generell für einen Beitritt oder stimmten diesem bei Zusicherung eines Neutralitätsvorbehaltes zu.⁴¹ Zwischen der Präsenz der internationalen Organisationen und den gegenüber Europa vergleichsweise äusserst positiven Einstellungen der Genfer und Genferinnen einen direkten kausalen Zusammenhang herzustellen ist jedoch aufgrund unseres Informationsstandes nicht gerechtfertigt. Der Kanton Basel-Stadt nämlich zeigt uns, mit seinen – zumindest für Deutschschweizer Verhältnisse – sehr positiven Umfrageergebnissen,⁴² dass die Ursache dafür auch in der grenznahen Lage und der städtisch dominierten Siedlungskultur zu finden wäre.

5. Bezugsrahmen und nationale Identität

Wenn sich die SchweizerInnen nicht als SchweizerInnen fühlen würden, sondern als EuropäerInnen – dann wäre alles ganz einfach und die Schweiz längst Mitglied der Europäischen Gemeinschaften ... Politikwissenschaftler und Politiker haben schon lange erkannt, dass Integrationsprozesse einen Bewusstseinswandel und einen Transfer von Loyalitäten des Individuums auf eine übergeordnete Ebene voraussetzen. Mit dem Euro-Barometer besteht in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften ein eigenes Messinstrument, um diesen Bewusstseinswandel erfass-

38 Auf die Unterschiede bezüglich der verschiedenen Dialektformen haben wir bereits früher hingewiesen (siehe oben in Kapitel V.3.).

39 Das Zitat stammt vom freisinnigen Ständerat Gilles Petitpierre (zit. nach «Tages Anzeiger», 14. Januar 1992: 2).

40 Die Angaben entstammen den UNIVOX-Befragungen zum Thema IVD «Welt» aus den Jahren 1989, 1990 und 1991. Bei diesen Untersuchungen sind zusammen 2026 Personen aus der ganzen Schweiz befragt worden.

41 11 Personen (also 11,6% der Befragten) haben keine Stellung bezogen.

42 Im Kanton Basel-Stadt sind insgesamt 70 Personen befragt worden. 48 Personen (68,6%) sagten (mit oder ohne Neutralitätsvorbehalt) Ja zu einem EG-Beitritt, 16 (22,9%) Nein und 6 (8,6%) waren unentschieden oder wollten nicht Stellung beziehen.

sen zu können. Der individualistische Ansatz vernachlässigt aber strukturelle Gegebenheiten «und tut, als ob das neue [...] Bewusstsein sozusagen als freischwebender Geist jenseits der Grenzen, die die gegebenen Strukturen um sich herum errichtet haben, wese und wirke ...» (Frei 1977: 248). Longchamp (1991a: 20) beispielsweise hält eine «erweiterte nationale Identität» für einen «zentralen kulturellen Faktor zur Bestimmung der EG-Haltung». Diese Aussage mag wohl richtig sein, hat aber kaum einen über den Sachverhalt hinausgehenden Erklärungswert.⁴³ Von Interesse ist für uns vor allem, welche Bezugshorizonte von der Bevölkerung in den beiden Landesteilen betont werden.

Die DeutschschweizerInnen fühlen sich in erster Linie als SchweizerInnen (42,2%), rund 20 Prozent betrachten sich als GemeindebürgerInnen und fast ebenso viele betonen einen übernationalen Bezugshorizont. Die WestschweizerInnen beziehen sich auf die regionale oder kantonale Ebene, der nationale Bezugshorizont (24,4%) wird weniger betont als der übernationale (26,7%).⁴⁴ Wie Tabelle 7 zeigt, sind Befragte, die sich als EuropäerInnen oder WeltbürgerInnen fühlen, wesentlich EG-freundlicher eingestellt als Befragte, deren Identifikation auf der kommunalen, regionalen oder nationalen Ebene liegt. Einem EG-Beitritt stehen jene am negativsten gegenüber, die den sprachlichen Bezugshorizont präferieren. WestschweizerInnen, die sich primär als SchweizerInnen fühlen, koppeln ihre Zustimmung zu einem EG-Beitritt überdurchschnittlich häufig mit dem Wunsch nach Neutralitätsgarantien. Im deutschsprachigen Landesteil lässt sich eine solche Tendenz nicht beobachten.

Der subjektive Bezugsrahmen steht also zweifellos in einer engen Beziehung zu den Einstellungen zu einem Beitritt der Schweiz zu den Europäischen Gemeinschaften. Die im Vergleich zur Deutschschweiz stärkere Ausrichtung der Romands auf regionale und übernationale Horizonte erklärt einleuchtend, weshalb der Ruf nach einem «Europa der Regionen» nicht in beiden Landesteilen die gleiche Resonanz findet.

Die Tatsache, dass von den WestschweizerInnen übernationale Horizonte stärker betont werden als von DeutschschweizerInnen, mag in den unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen in den beiden Landesteilen zu suchen sein (vgl. Kap. V.4.). Eine Veränderung der gegebenen Strukturen wäre demnach die einzige Möglichkeit,

43 Longchamp ((1991a: 21) überprüft diese These in einer – methodisch allerdings fragwürdigen – Regressionsanalyse (mit nominalen bzw. ordinalen Daten?) und kommt zum Schluss, dass Kosten-Nutzen-Abwägungen zum Binnenmarkt und die erweiterte Identität rund 40% der auftretenden Varianz in der EG-Haltung auf der individuellen Ebene erklären.

44 Diese Ergebnisse bestätigen den Befund von Meier-Dallach et al. (1990: 9): «Deutlich bestätigen sich die in früheren Untersuchungen festgestellten Horizontverschiebungen entlang der historischsprachlichen Vielfalt. Die junge, französisch- und italienischsprachige Schweiz unterläuft die nationale Ebene eher regionalistisch, das heisst sie bezieht sich auf den Kanton, die Sprachregion oder nähere Region. In der deutschen Schweiz bestätigt sich in bezug zum Wohnort die kommunalistische Orientierung. Die junge Schweiz überspringt zudem die nationale Ebene und betont den globalen Bezugshorizont stärker als die deutsche Schweiz.» Meier-Dallach (1990: 11ff.) weisen ausserdem nach, dass der Zusammenhang zwischen Sprachgruppenzugehörigkeit und territorialer Identifikation durch die Variablen «Dauer der Residenz», Bildung und Alter verstärkt wird.

Ich fühle mich am ehesten als ... (nur 1. Priorität)	ja	ja wenn Neutralität garantiert	nein	weiss nicht unent- schieden	n
	%	%	%	%	
Deutschschweiz:					
Gemeindebürger(in)	19,4	29,6	43,5	7,4	(108)
Kantonsbürger(in)	22,6	22,6	48,4	6,5	(31)
Deutschschweizer(in)	15,5	25,9	51,7	6,9	(58)
Schweizer(in)	17,5	22,9	46,2	13,5	(223)
Europäer(in)	53,2	21,3	14,9	10,6	(47)
Weltbürger(in)	44,9	12,2	30,6	12,2	(49)
Westschweiz:					
Gemeindebürger(in)	35,3	17,6	17,6	29,4	(17)
Kantonsbürger(in)	39,1	26,1	17,4	17,4	(23)
Westschweizer(in)	15,8	42,1	31,6	10,5	(19)
Schweizer(in)	28,1	46,9	15,6	9,4	(32)
Europäer(in)	61,5	23,1	7,7	7,7	(13)
Weltbürger(in)	81,8	4,5	4,5	9,1	(22)

Tabelle 7: Bezugsrahmen und Einstellungen zur europäischen Integration.⁴⁵

einen Transfer von Loyalitäten auf andere Ebenen zu erreichen. Eine solche Strukturänderung wiederum würde am ehesten durch einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften bewirkt ...

VI. Schlussbemerkungen

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Frage nach sprachgruppenspezifischen Einstellungsdifferenzen in einer aussenpolitischen Sachfrage, dem Beitritt der Schweiz zur EG. Speziell wird nach Erklärungen für die empirisch immer wieder festgestellten Meinungsunterschiede zwischen deutsch- und französischsprachiger Schweiz gesucht. Es wird anhand einer Fülle von Befragungsdaten gezeigt, dass der Sprachgruppeneffekt nicht auf eine Scheinbeziehung, ausgelöst durch unterschiedliche sozio-demographische und konventionell-politische Faktoren, zurückzuführen ist, sondern dass ihm eine eigenständige Rolle zukommt. Für das Bildungsniveau,

45 Die Frage lautete: «Die Schweiz ist klein, aber ziemlich kompliziert. Da gibt es Gemeinden, Kantone, Sprachregionen. Als was fühlen sie sich persönlich am ehesten: zum Beispiel als Interlakner(in) (Gemeindebürgerin), als Kantonsberner(in), als Deutschweizer(in), als Schweizer(in), als Europäer(in) oder als Weltbürger(in)? Und an zweiter Stelle? Als was fühlen Sie sich auch noch? Und an dritter Stelle?» Fragetext aus Meier-Dallach, Ritschard und Nef (1990: 8). Ausgewertet wurde nur die erste Priorität. Die Zahl der Fälle in den einzelnen Teilstichproben ist für die Westschweiz zum Teil sehr gering. Für diese Resultate ist deshalb die statistische Fehlerwahrscheinlichkeit höher.

das Alter, die Wertorientierungen und die Parteisymphathien können zwar statistisch signifikante Zusammenhänge nachgewiesen werden, aber sie sind nicht in der Lage, den Sprachgruppeneffekt zu erklären. Deshalb wird die Analyse auf weitere mögliche Erklärungsfaktoren für die Sprachgruppendifferenz ausgeweitet. Anhand theoretischer Überlegungen, welche – soweit möglich – empirisch abgestützt sind, werden verschiedene Erklärungsmöglichkeiten einer detaillierteren Analyse unterzogen. Dabei haben sich folgende Faktoren herauskristallisiert:

Das *Minderheitensyndrom*, hervorgerufen durch die politische und wirtschaftliche Minderheitensituation der Welschen im schweizerischen Bundesstaat, könnte eine hinsichtlich der EG-Frage positive Grundstimmung in der Westschweiz fördern.

Die Westschweiz weist eine höhere *kulturelle Affinität* zum angrenzenden Ausland auf, als dies bei den DeutschschweizerInnen der Fall ist. Die Staatsgrenze der Schweiz zu Deutschland scheint viel eher als jene zu Frankreich, auch eine kulturelle Bedeutung aufzuweisen. Ein Einfluss des vergleichsweise ausgesprochen distanzierteren Verhältnisses der DeutschschweizerInnen zu Deutschland auf die Haltung zu einem Schweizer EG-Beitritt liess sich jedoch empirisch nicht erhärten.

Im Bereich der *Kommunikation* zeigen sich weitere mögliche Ursachen für eine eher ablehnende Haltung der deutschsprachigen SchweizerInnen in der EG-Frage. Unterschiede in den Dialektstrukturen, im Stellenwert der französischen und deutschen Sprache im EG-Apparat und bei der Kontakthäufigkeit mit internationalen Organisationen verstärken als Kommunikationsbarrieren die Abwehrhaltungen in der Deutschschweiz.

Die abweichenden Verortungen der beiden Sprachgruppen bezüglich ihrer *Identitätsstrukturen* ist ein weiterer potentieller Einflussfaktor. Die Bindung der Loyalitäten auf den Ebenen Gemeinde, Kanton, Deutsch- bzw. Welschschweiz, Bund, Europa oder Welt differieren zwischen den Sprachgruppen massgeblich. Die Gewichtung dieser *Bezugsrahmen* ist bei der aussenpolitischen Meinungsbildung ein nicht unerheblicher Faktor.

Die vorgelegte Diskussion der verschiedenen Einflussfaktoren kann nicht als abschliessende und erschöpfende Behandlung der Thematik betrachtet werden, sondern will sich viel mehr als eine Annäherung an die für den Fortbestand der «Willensnation Schweiz» wesentliche Fragestellung verstanden wissen. Sicher lassen sich weitere Thesen zu dieser Thematik formulieren. Angesichts der Brisanz der öffentlichen Diskussion drängen sich weitergehende Analysen auf. Mögliche Ansatzpunkte dazu hat diese Analyse sicherlich aufzeigen können.

Bibliographie

- Beck, Ulrich (1991). *Politik in der Risikogesellschaft, Essays and Analyses*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Buri, Christof (1991). *Einstellungen zu einem Beitritt der Schweiz zur EG, Bericht zum UNIVOX-Thema IVd «Welt»*, Zürich: FPW and GfS.
- Buri, Christof/Haltiner, Karl W./Spillmann, Kurt R. (1991). *Sicherheit 1991, Ergebnisse einer Repräsentativbefragung*, Zürich: ETH.

- Dunn, James A. Jr. (1972). «'Consociational Democracy' and Language Conflict. A comparison of the Belgian and Swiss Experiences», *Comparative Political Studies* 5: 3–39.
- Eisenstadt, S. N./Abitbol, M./Chazan, N. (1987). «Cultural Premises, Political Structures and Dynamics», *International Political Science Review* 8: 291–306.
- Frei, Daniel (1977). «Integration im Weltmassstab», S. 243–253, in: *Theorien der internationalen Beziehungen*, hrsg. v. Daniel Frei (2. Auflage), München: Piper.
- Frei, Daniel (1989). «Aussenpolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung», *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 29: 45–58.
- Hablützel, Peter/Hertig, Hans-Peter (1979). «Internationale Realität versus nationale Identität», *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 19: 109–124.
- Inglehart, Ronald (1989). *Kultureller Umbruch, Wertwandel in der westlichen Welt*, Frankfurt: Campus.
- Janssen, Joseph I. H. (1991). «Postmaterialism, Cognitive Mobilization and Public Support for European Integration», *British Journal of Political Science* 21: 433–468.
- Klöti, Ulrich (1972). *Die Chefbeamten der schweizerischen Bundesverwaltung, Soziologische Querschnitte in den Jahren 1938, 1955 und 1969*, Bern: Francke.
- Leimbacher, Urs (1991). «Westeuropäische Integration und gesamteuropäische Kooperation», *Aus Politik und Zeitgeschichte* B45: 3–12.
- Lijphart, Arend (1984). *Democracies, Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven: Yale UP.
- Longchamp, Claude (1991a). *Die Wende*, Adliswil: GfS.
- Longchamp, Claude (1991b). *Ein Europabarometer für die Schweiz*, Adliswil: GfS.
- Longchamp, Claude (1991c). «Politisch-kultureller Wandel in der Schweiz», S. 49–101, in: *Staatsbürger oder Untertanen?* hrsg. v. Fritz Plasser und Peter A. Ulram, Frankfurt am Main: Lang.
- Lübbe, Hermann (1990). «Der Philosoph im fremden Lande: Hat die schweizerische Identität gelitten?», S. 27–39, in: *Störfall Heimat – Störfall Schweiz*, Zürich: IAP.
- McRae, Kenneth D. (Ed.) (1974). *Consociational Democracy, Political Accommodation in Segmented Societies*, Toronto: McClelland & Stewart.
- McRae, Kenneth D. (1983). *Conflict and Compromise in Multilingual Societies: Switzerland*, Waterloo (Ont.): Wilfrid Laurier U P.
- McRae, Kenneth D. (1986). *Conflict and Compromise in Multilingual Societies: Belgium*, Waterloo (Ont.): Wilfrid Laurier UP.
- Meier-Dallach, Hans-Peter (1991). *Das Kulturverhalten der Bevölkerung*, Basel: NFP 21.
- Meier-Dallach, Hans-Peter/Nef, Rolf (1987). «Values and Identities in Switzerland. Regional Disparities and Socio-economic Cleavages», *International Political Science Review* 8: 319–332.
- Meier-Dallach, Hans-Peter/Ritschard, Rolf/Nef, Rolf (1990). *Nationale Identität – ein Fass ohne empirischen Boden?* Zürich: Cultur Prospectiv.
- Nef, Rolf (1979). *Bundesabstimmungen 1950–1977*, Zürich: Soziologisches Institut.
- Nef, Rolf (1980). «Struktur, Kultur und Abstimmungsverhalten. Zur interregionalen Variation von politischen Präferenzen in der Schweiz 1950–1977», *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 6: 155–190.
- Nef, Rolf/Rosenmund, Moritz (1986). *Gebannte Entzauberung des Sonderfalls?* Zürich: Soziologisches Institut.
- Obler, Jeffrey/Steiner, Jürg/Dierickx, Guido (1977). «Decision-Making in Smaller Democracies: The Consociational 'Burden'», *Comparative Politics Series* 6.
- Rokkan, Stein/Urwin, Derek/Aarebrot, Frank, H./Malaba, Pamela/Sande, Terje (1987). *Centre-Periphery Structures in Europe*, Frankfurt: Campus.
- Ruffieux, Roland/Thurler Muller, Anne-Lise (1989). «L'opinion publique face à l'intégration européenne: Que disent et ne disent pas les sondages?», p. 237–252, dans: *La Suisse et son avenir européen*, ed. p. Roland Ruffieux et Annik Schachtschneider Morier-Genoud, Lausanne: Payot, 237–252.
- Schwok, René (1989). «Suisse/Communauté européenne. Les impasses de 'l'intégrationnisme' helvétique», *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 29: 91–111.
- Seiler, Daniel-Louis (1989). «Peripheral Nationalism Between Pluralism and Monism», *International Political Science Review* 10: 191–207.
- Urio, Paolo/Arigoni, Gabriella/Baumann, Elisabeth/Joye, Dominique (1989). *Sociologie politique de la haute administration publique de la Suisse*, Paris: Economica.

